

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	328
		TOP:	16
	Verhandlung	Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	14.12.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / th		
Betreff:	"Ausrufung des Klimanotstands für das Jahr 2024" - Antrag Nr. 284/2023 vom 26.10.2023 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Kotz (CDU) weist auf eine Vereinbarung hin, wonach eine Abstimmung herbeizuführen ist, wenn eine Präsentation oder ein Film etc. im Gemeinderat gezeigt werden soll. StR Urbat (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) stellt klar, dass dies nicht vorgesehen sei. Er wolle lediglich als Antragsteller vom Rednerpult sprechen. OB Dr. Nopper teilt mit, man habe sich im Ältestenrat darauf verständigt, dass alle Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen können, wenn sie dies wünschen. Kein Thema war dabei, ob vom Rednerpult oder vom Platz gesprochen wird. Aus seiner Sicht spreche nichts dagegen. Der Rat teilt mehrheitlich diese Sichtweise.

Anschließend erläutert und begründet StR Urbat den Antrag Nr. 284/2023.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION heute zum siebten Mal den Antrag auf Ausrufung des Klimanotstandes zur Abstimmung stelle. Der Antrag werde durch Wiederholung jedoch nicht besser und nicht richtiger, so die Meinung der Verwaltung. Er persönlich sei sogar der Auffassung, dass dieser Antrag noch falscher sei als 2019, wo er zum ersten Mal gestellt wurde, weil das Bewusstsein für Klimaschutzmaßnahmen seither spürbar gewachsen sei und weil der Gemeinderat in Stuttgart im Juli 2022 "uns ein neues Klimaneutralitätsziel gesetzt hat verbunden mit ganz konkreten klimawirksamen Maßnahmen". Der Antrag sei außerdem deswegen falscher, weil man spätestens seit dem "Berliner Wärmepumpen-Fiasko" wisse:

"Wer die Menschen überfordert, provoziert Abwehrreflexe gegen den Klimaschutz. Wer die Menschen überfordert, erreicht das Gegenteil von dem, was er erreichen will. Wer den Klimanotstand ausruft, weckt zudem Erwartungen, die nicht erfüllt werden können - und die Kommunen, welche das getan haben, auch im Wesentlichen nicht erfüllt haben. Wer den Klimanotstand ausruft, schlägt Alarm und schafft Alarmstimmung, ohne dieser Alarmstimmung gerecht werden zu können.

Wir halten deswegen nichts vom Klima-Alarmismus, vielmehr ist Klima-Optimismus der richtige Ansatz! Nur so können die Menschen mitgenommen werden. Klimaschutzmaßnahmen erfordern, dass wir die ganze Stuttgarter Stadtgesellschaft und unsere Wirtschaft für dieses Ziel gewinnen. Dies wird nur funktionieren, wenn wir nicht polarisieren, sondern überzeugen. Dies wird nur funktionieren, wenn wir versöhnen, statt spalten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir Klimaschutz nicht mit Verbissenheit und nicht mit moralischem Imperativ betreiben. Dies wird nur funktionieren, wenn unsere Maßnahmen realistisch sind. Dies wird nur funktionieren, wenn wir die Bedürfnisse, Sorgen und Nöte der Menschen ernstnehmen. Dies wird nur funktionieren, wenn wir sozial- und wirtschaftsverträglich handeln und bedarf eine Gesamtverantwortung für Klima- und Umweltschutz und für eine florierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen.

Alarmismus macht Angst und Alarmismus demotiviert. Wir halten es daher mit Optimismus wie die Internationale Energieagentur. Ich zitiere: 'Der phänomenale Aufstieg sauberer Energietechnologien wie Solar, Wind, Elektroautos und Wärmepumpen verändert, wie wir alles antreiben - von Fabriken und Fahrzeugen bis zu Haushaltsgeräten und Heizungen.' Die Agentur erwartet bis zum Jahr 2030 eine Verzehnfachung der Zahl der Elektroautos, Solaranlagen werden mehr Strom auf der Erde produzieren als heute in den ganzen USA verbraucht wird. Die Erneuerbaren werden fast 50 % des weltweiten Bedarfs decken. Und wir ergreifen in Stuttgart ganz konkrete Maßnahmen: Die Neuaufstellung der Finanzarchitektur bei SSB, SWSG und Stadtwerken, die wir auch mit diesem Doppelhaushalt morgen beschließen werden, ermöglicht eine Investitionsoffensive zur Stärkung des ÖPNV und zum Ausbau von erneuerbaren Energien. Die Stadtwerke Stuttgart sind dabei, die Weichen dafür zu stellen, dass über 150.000 Stuttgarter Haushalte mit erneuerbarem Strom klimaneutral versorgt werden können - ein gewaltiger Schritt in Richtung Klimaneutralität.

Zusammengefasst: Wir plädieren für Klima-Optimismus statt für Klima-Alarmismus und wir plädieren für gemeinsames Handeln für den Klimaschutz statt für schrille Notstandstöne, die sich letztlich gegen den Klimaschutz auswirken."

StR Peterhoff (90/GRÜNE) stimmt zu, wonach man auch in Stuttgart Hitzerekorde hatte und auch zukünftig haben werde und Stuttgart eine zunehmend heißere Großstadt werde. Er teilt auch die Meinung, man müsse etwas tun, unterstreicht aber gleichzeitig, dass man sehr wohl etwas dagegen tue. Zwar komme er zum gleichen Schluss wie OB Dr. Nopper, doch gehe es nicht um die Frage des Alarmismus oder dass man den Leuten Angst machen würde, wenn man den Klimanotstand ausrufen würde. Es gehe vielmehr um die Frage "Was muss eigentlich getan werden, um einen Mehrwert zu haben?". Dies sei auch der Grund, weshalb man schon 2019 den ersten Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes abgelehnt habe. Damals sei man kurz vor der Beschlussfassung über das Paket "Weltklima in Not" mit 200 Mio. EUR gestanden, um den Klimaschutz aktiv anzupacken.

Heute sei man weiter: So habe der Gemeinderat den Beschluss zur Klimaneutralität 2035 gefasst, was ein sehr ambitioniertes Ziel sei. Auch habe sich danach etwas getan. Die Energie-Richtlinien wurden überarbeitet und man baue ganz anders als früher. Es wurde die Wärmeplanung aufgesetzt, bei der SSB wurden große Pakete geschnürt und man steige in Kürze aus, was die Nutzung von Bussen mit Verbrennermotoren in der Innenstadt angeht. Diese Maßnahmen reichen zwar noch nicht aus, weshalb bei den laufenden Haushaltsberatungen nachgelegt werden müsse, was Energieförderprogramme angeht und Beratung. Auch brauche es mehr Programme im Grünbereich, wo man an die Grenzen dessen gehen müsse, was möglich ist. Festzuhalten sei auch, dass die FrAKTION für den Haushalt weniger Klimamaßnahmen beantragt habe wie seine Fraktion.

Bei dem Aufwuchs der Förderung müsse man für die nächsten Jahre schauen, um so effizient wie möglich zu fördern und die Förderprogramme ganz gezielt einzusetzen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus brauche es eine gute Abstimmung, beispielsweise mit dem Bund, um richtig nachjustieren zu können. Eine "Show", wie dieser Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes, nutze dabei nicht, denn dass ein solcher Beschluss nichts bringt, habe man auch am Beispiel der Stadt Konstanz sehen können.

Wie schon in der Vergangenheit werde man den Antrag zur Ausrufung des Klimanotstands ablehnen, so StR Kotz. Man halte nichts davon irgendwelche Begriffe in Überschriften festzulegen und Beschlüsse zu fassen, "die uns in der Sache nicht weiterbringen." Auch sei man der festen Überzeugung, "dass das, was wir damit bezwecken, dass alles noch unter einen viel stärkeren Klimavorbehalt gesetzt werden soll, wie es bisher ohnehin schon der Fall ist, der falsche Weg ist." Das Entscheidende sei, die Menschen mitzunehmen bei dieser großen Aufgabe, die wir alle miteinander vor uns haben und die bis 2035 miteinander fixiert worden sei. Von Kipp-Punkten sprechen könne man nicht nur beim Thema Erderwärmung und Klima, sondern auch bei der Stimmung in der Gesellschaft. Nach seinem Eindruck sei man davon nicht mehr weit entfernt. Dinge, die zu letzterem beitragen, seien das Festkleben auf Straßen. Würde es nach der FrAKTION gehen, dürfte man in solchen Zeiten auch keine attraktiven Veranstaltungshallen mehr bauen und keine Tunnel. Derartige Forderungen führten zu einer völlig gespaltenen Gesellschaft in dieser Frage, wo sich am Ende keine Mehrheiten mehr finden, um Klimaschutz in irgendeiner Form voranzubringen. Damit würde man der Sache einen Bärendienst erweisen, was er am Beispiel der Stadt Hannover ausführt. Insofern werde man den Antrag auch im nächsten Jahr wieder ablehnen, so er denn gestellt würde.

StR Dr. Jantzer (SPD) informiert, am 29.11.2019 habe das EU-Parlament den Klimanotstand für Europa ausgerufen. Er könne daher den Neuigkeitswert dieses Antrags nicht erkennen. Im Anschluss daran sei das "Green-Deal-Programm" aufgesetzt worden, und der Stuttgarter Gemeinderat habe u. a. das Klimaneutralitätsziel 2035 gefasst. Viel wichtiger als den Klimanotstand auszurufen sei, eine Akzeptanz in der Gesellschaft und in der Stadtbevölkerung zu erreichen für dieses Ziel. Nach seinem Eindruck nehmen die Menschen in der Stadt die Beschlussfassung zum Klimaneutralitätsziel 2035 als ambitioniertes Ziel wahr und anerkennen dieses Ziel. Auch in den Haushaltsberatungen und in den Beratungen in den Aufsichtsräten sei zu spüren, wie schwer dieses Thema letztlich ist und wie sehr noch darum gerungen werden muss, um konkret dieses Ziel zu erreichen, z. B. in der Organisationsform, um die Schlagzahl zu steigern. Er finde, Stuttgart stehe bei diesem Thema nicht schlecht da, auch wenn die Zahlen bis jetzt noch nicht gut sind. "Die Menschen verlangen von uns, dass wir einen konsequenten

Plan aufstellen und uns immer kritisch überlegen, sind wir noch richtig unterwegs?" Alarmismus jedenfalls trage dazu nichts bei, so der Stadtrat.

Auch StR Ozasek (PULS) geht ein auf die Ausrufung des Klimanotstandes durch das Europaparlament im November 2019 und das damalige Ziel, die gesamte Agenda der EU-Kommission auf das 1,5-Grad-Ziel auszurichten. Man wisse heute, dass das ambitionierte Klimaziel von Paris gescheitert ist. "Die Weltgemeinschaft steuert ungebremsst auf eine 3-Grad-Welt zu." Er schildert die zu erwartenden drastischen Folgen dessen in der Zukunft und kritisiert, dass die nationalen Regierungen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht angenommen haben. Auch die Bundesregierung nehme sich bis heute aus der Verantwortung. Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz sowie das jüngste Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zeigten, dass ohne Druck der Gerichte und ohne Klagen von Klimaaktivist*innen und Umweltverbänden "die Gesetzgeber nicht willens sind, dem drohenden Kollaps des Klimasystems zu begegnen." Daher sei alles, was die Regierungen in Bund und Land zum klimapolitischen Handeln motiviert, sinnvoll und wünschenswert. Hierfür den Oberbürgermeister als Botschafter zu verpflichten, habe durchaus Charme - doch ob er dafür der Geeignete ist, müsse sich jede*r selbst beantworten. Appelle an den Bundeskanzler und an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, wie von der FrAKTION beantragt, werden die klaffende Lücke im Handeln nicht schließen.

Dies gelinge nur durch das Voranschreiten der Kommunen in der Klimapolitik, wie dies der Stuttgarter Gemeinderat mit dem Klimaneutralitätsziel 2035 und heute mit dem kommunalen Wärmeplan getan habe. Die Großstädte müssten Treiber der globalen Klimaentwicklung sein. Genau dies tue man in Stuttgart. So werde morgen voraussichtlich ein Haushalt verabschiedet, der wie nie zuvor ein Haushalt Ressourcen freisetzt, um die Transformation voranzutreiben. Er werde - auch durch die Arbeit der PULS-Fraktionsgemeinschaft - wesentliche Bausteine zur Realisierung der echten Fahrradstadt in sich tragen, zur zirkulären und klimaneutralen Baukultur, für die vorsorgende Klimaanpassung und für den Weg hin zu einer grünblauen Schwammstadt. Man hoffe sehr, "dass die FrAKTION diese wichtigen Fortschritte im Klimaschutz erkennen kann und nicht in Fundamental-Opposition verharrt". Der Fall Konstanz zeige, wie man sich zu oft mit Zielbeschlüssen begnügt. Die Klimakrise sei längst Realität, was jedoch mitnichten etwas mit Alarmismus zu tun habe, sondern mit der Anerkennung von Fakten.

StR Dr. Oechsner (FDP) erklärt, auch die Position innerhalb seiner Fraktion dazu habe sich nicht geändert. Vieles von dem, was von seinen Vorrednern gesagt wurde, sei richtig. Man bleibe bei der Ablehnung.

Nach Meinung von StR Zaiß (FW) darf Stuttgart den Klimanotstand für sich nicht ausrufen. Man habe genügend Ressourcen und könne sich alle Annehmlichkeiten leisten und erlauben, ohne dass dadurch das Weltklima beeinflusst wird. Man sollte und müsste allerdings konsequent Ressourcen einsparen, natürliche Energiequellen - Solarenergie, Windenergie, Erdwärme - nutzen, damit man nicht von den Kosten für diese Annehmlichkeiten überholt wird. Die Energiewende gelte es konsequent weiterzuverfolgen und zwar so schnell wie möglich - "jedoch nicht auf einen festen Termin, der utopisch und unmöglich ist." Nicht nur die öffentliche Hand, sondern jede*r Einzelne - ob privat oder im Berufsleben, sei gefragt und müsse sich fragen lassen, was er oder sie aus der eigenen Tasche bereits dafür getan hat und was er oder sie bereit ist, dafür auszugeben.

StR Dr. Mayer (AfD) bezieht sich auf Zahlen der NASA des Land-Ocean-Temperature-Index, aus denen hervorgehe, dass seit 2016 die Durchschnittstemperaturen tendenziell gleichgeblieben oder sogar zurückgegangen sind. Von einem Notstand bei der globalen Durchschnittstemperatur könne man schon allein deswegen nicht reden. Weithin verbreitet werde behauptet, dass CO₂ und andere Treibhausgase hauptsächlich verantwortlich seien für den Anstieg solch global berechneter Durchschnittstemperaturen. Ausgegangen davon, dass dem so ist, müsse man berücksichtigen, dass die Erde durch mehr CO₂ grüner werde. Was das langfristige Temperaturziel angeht, so beziehe er sich gerne auf das Pariser Klimaschutzabkommen. Denn die Teilnehmer an diesem Pariser Klimaschutzabkommen hätten sich darauf geeinigt, dass man in der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken herstellen möchte. Dennoch wolle man hier die Produktion von CO₂ reduzieren, indem auf die Verbrennung von fossilen Brennstoffen möglichst verzichtet oder diese weitgehend reduziert wird. Gleichzeitig stammten im Jahr 2022 lediglich 5 % der weltweit erzeugten Primärenergie aus Solar- und Windenergie. Abschließend verweist er auf die Anträge seiner Fraktion, sich für den Ausbau der Kernenergie einzusetzen und für die Abscheidung von CO₂, so, wie jetzt in Dubai bei der Weltklimakonferenz gefordert.

StRin Yüksel (Einzelstadträtin) schickt voraus, sie werde den Antrag ablehnen. De facto steuere man zwar schon längst trotz der vielen Maßnahmen, die in Deutschland und insbesondere in Stuttgart auf den Weg gebracht worden sind, weltweit auf einen Klimanotstand zu. Sie vertrete dennoch die Auffassung, dass man für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen die Akzeptanz und das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger benötigt. Dafür helfe die Ausrufung des Klimanotstandes nicht.

StR Rockenbauch (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist gegenüber OB Dr. Nopper den Vorwurf, man würde schrille Töne anschlagen, als absurd zurück. Trockener und wissenschaftlicher wie StR Urvat es getan habe, könne man den Antrag nicht erläutern. Genauso absurd sei es, Klima-Optimismus-Parolen auszugeben. Die Wortbeiträge zeigten vielmehr, wie wichtig es gewesen wäre, die Klima-Generaldebatte des Gemeinderats bereits im Vorfeld geführt zu haben. Es gehe bei der Ausrufung des Klimanotstands darum, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Stuttgarter Bevölkerung zu schützen. Er unterstreicht, "die FrAKTION arbeitet pragmatisch, konsequent, realistisch seit Jahren in diesem Rat für das Thema Klimaschutz. Wir waren die ersten, die die Stadtwerke hier gefordert haben zu 100 % Erneuerbare, die ersten, die hier im Rat sagten, wir kommen mit unserer heutigen Organisationsstruktur nicht hin und der Frage, wer hat hier eigentlich noch den Hut auf? Unsere Aufgabenteilung in der ganzen Verantwortungsdiffusion bei diesem Thema in unserer Stadtverwaltung bringt uns nicht weiter. Seit Jahren fordern wir eine klare Strategie plus eine Umsetzungsorganisation, ein starkes Klimareferat, um für Ordnung zu sorgen bei diesem Thema!"

Man brauche Ziele, um das Handeln danach auszurichten. Es komme aber am Ende auf das Handeln an. Darin sei man nicht gut in Stuttgart, denn im Gegensatz zu anderen Orten, wo man die Leute mit Wärmenetzen versorgt, lasse man in Stuttgart einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger in der jetzigen Konzeption erstmal alleine, "- wenn wir nicht massiv fördern". An dieser Stelle seien die Beschlüsse nicht hinreichend, da sie, weder in der Verkehrswende noch in der Energiewende nicht einzahlen auf das Ziel 2035. Die richtigen Zahlen dafür zu liefern, sei die Aufgabe der Verwaltung. Aus seiner Sicht grenze es an Arbeitsverweigerung, wenn die Verwaltung dann trotz Antrag keinen

Vorschlag bringt. Er appelliert daher an OB Dr. Nopper, "für Ordnung zu sorgen, damit die Ziele umgesetzt werden."

OB Dr. Nopper entgegnet, natürlich sei die Umsetzung das Entscheidende und nicht das Aufstellen von Plänen jeglicher Art.

StR Goller (AfD) weist darauf hin, dass Europa nach der Antarktis der kälteste Kontinent unserer Erde ist. Fakt sei auch, dass man die Bevölkerung Stuttgarts mit den hier beschlossenen Maßnahmen zur Klimaveränderung nicht schützen könne. Des Weiteren beziehe sich die Aussage von StR Ozasek, wonach der letzte Sommer der heißeste seit 125.000 Jahren gewesen ist, auf Eisbohrkern-Messdaten zweier Projekte aus der Antarktis, die zeigen, wie sich die Warm- und Kaltphasen der aktuellen Eiszeit entwickeln. Demnach "existiert unsere aktuelle Zivilisation der Menschheit überhaupt nur, weil wir uns gerade in einer Warmphase befinden und diese ist immer noch 3 Grad Celsius kälter laut diesen Messdaten als die letzte Warmphase".

OB Dr. Nopper stellt abschließend fest:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag Nr. 284/2023 bei 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich ab.

Zur Beurkundung

Faßnacht / th

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Stabsstelle Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand